



von Michael Winkler

delt wird, verkennt man hierzulande leicht, dass es auch Menschen gibt, denen Ende des Monats nicht mehr viel Geld übrig bleibt. Genau jene Menschen sind vom Verkennen sozialer Unterschiede am meisten betroffen und damit von Armut bedroht.

Man erhält also den Eindruck, dass bei Beschlussfassungen nur die Zahlen betrachtet werden, die eingespart werden können – und nicht die Menschen und Schicksale dahinter. Als potenzielle Variablen werden vor allem die Erhöhung der Beiträge und des

Rentenalters ins Auge gefasst. Warum nicht einmal dort ansetzen, wo viel Geld vorhanden ist? Alternative Einkünfte bzw. Sparmassnahmen schlägt der PVL vor: die Einführung einer AHV-Beitragspflicht auf Dividendenausschüttungen, mithilfe derer sich juristische Personen heute um die AHV-Beitragspflicht drücken. «Dieses Gewinnstreben geht letztendlich allein zulasten der Allgemeinheit.» Ein weiterer Schritt könnte eine Abschaffung der 13. AHV-Rente für Besserverdienende sein: diese würde z. B. AHV-Bezüglern mit relativ hohen Einkünften aus anderen Kanälen (z. B. Mieteinkünfte, geistiges Eigentum etc.) gestrichen. Das würde auch dem vorherrschenden Umlageprinzip entsprechen. Selbstverständlich wäre das nicht unbedingt fair gegenüber jenen, die viel verdienen.

Doch der soziale Frieden wäre bei Weitem nicht so bedroht, als wenn immer mehr Menschen aufgrund von unsozialen Massnahmen in die Altersarmut abrutschen. Denn am Ende muss in der Sozialgemeinschaft immer jemand für die relativ Armen aufkommen. Alles andere führt zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft. Und was in solchen Gesellschaften passiert, kann man beispielsweise in den USA und Deutschland beobachten, wo Altersarmut ein grosses Problem darstellt. **Themen der Woche auf Seite 8**

## Entsolidarisierung führt zu Armut

→ Mit der Reform des Krankenversicherungsgesetzes und des AHV-Gesetzes hat Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zwei heikle Aufgaben umfasst – zweifellos. Nachdem er bereits bei der KVG-Reform einigen Widerständen nachgeben musste und kühne Massnahmen ad acta legte, kommt jetzt auch bezüglich der AHV-Reform Gegenwind. So wird die Regierung in der jüngsten Stellungnahme des Personalverbands öffentlicher Verwaltungen Liechtensteins (PVL) bezüglich des aktuellen Reformentwurfs der «Schönrede- und Augenschere» bezichtigt. Eine gefährliche Entwicklung sieht die PVL in der Tendenz, dass sich der Staat «immer mehr seiner sozialstaatlichen Verantwortung» entzieht. Mindereinnahmen aus verfehlten Gesetzen führen demnach zur Kompensation durch den «verderblichen und unehrenhaften Griff in die Sozialwerke». Harte Worte, doch so kommt es nicht nur dem PVL vor. Zur Sanierung des Staatshaushalts ist offenbar jedes Mittel recht. «Kürzung des Staatsbeitrages» ist in jedem Fall die Zauberformel. Bei dieser Kürzung werden in aller Regel alle Leistungsbezüger gestraft – und, um besonders «gerecht» zu sein, wird mit Prozentsätzen hantiert. Der relativ Reiche trägt so verhältnismässig gleich viel zu einer Genesung des Systems bei wie der relativ Arme. Selbst wenn hier nach Möglichkeit nach dem Prinzip «Gleiches Recht für alle» gehan-



Die «Liewo»  
auf dem Smartphone